

Absender:

Interfraktionell im Stadtbezirksrat 112

TOP 4.1

19-11991

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Vermeidung von Papierabfall bei Drucksachen der Stadtverwaltung

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Entscheidung)

Status

30.10.2019

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Bezirksrat beantragt bei Ausdrucken für die Bezirksratssitzungen nur den Teil zu verschicken, der für den jeweiligen Bezirksrat relevant ist

Sachverhalt:

Es werden immer wieder Vorlagen verschickt, die nicht in vollem Umfang für den Bezirksrat zur Abstimmung vorliegen müssen.

Beispiel: Zur Sitzung am 16.05.2018 wurde dem Bezirksrat der Bebauungsplan Trakehnenstraße vorgelegt. Dieser Plan umfasste 132 Seiten, von denen nur eine Karte und vier kleine Absätze für unseren Bezirksrat relevant waren.

Der Verzicht auf den Ausdruck der anderen Seiten wäre ein Beitrag zur Abfallvermeidung.

gez.

Peter Chmielnik

Anlage/n:

Keine

Absender:

Interfraktionell im Stadtbezirksrat 112

TOP 4.2

19-11989

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Wiederinbetriebnahme Straßenbeleuchtung

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Entscheidung)

Status

30.10.2019

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Bezirksrat beantragt die Straßenbeleuchtung an der Bevenroder Straße 44 in Querum wieder in Betrieb zu nehmen.

Sachverhalt:

Die Straßenbeleuchtung an dieser Stelle wurde aus Kostengründen abgeschaltet. Es handelt sich aber um eine Stelle, die sehr viele Personen passieren (KiTa, Kindergarten, Schule, Radfahrer).

In Anbetracht der jetzt kommenden dunklen Jahreszeit halten wir ein Einschalten der Beleuchtung aus Sicherheitsgründen für notwendig.

gez.

Peter Chmielnik

Anlage/n:

Keine

Absender:
**SPD, B90/Die Grünen, BIBS im
Stadtbezirksrat 112**

19-12016
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Verstärkte Verkehrsmessung im Stadtbezirk

Empfänger:
Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:
17.10.2019

Beratungsfolge: Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Entscheidung)	30.10.2019	Status Ö
---	------------	-------------

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Bezirksrat beantragt, dass die Verkehrsmessungen im Stadtbezirk 112 verstärkt werden.
Der Bezirksrat ist bereit, sich an den Kosten für weitergehende Maßnahmen zu beteiligen.

Sachverhalt:

Stärkere Geschwindigkeitskontrollen wurden bereits in der Vergangenheit immer wieder gefordert. Die erhöhten Geschwindigkeiten bleiben mit Verlust der Sicherheit im örtlichen Raum und dem erhöhten Lärm ein Ärgernis.

Obwohl der Stadtbezirksrat gegenüber der Vergangenheit eine Zunahme der Kontrollen im Stadtbezirk wahrnimmt, hält er zur Verbesserung des Fahrverhalten häufigere Kontrollen leider für nötig.

Gez.

Gerhard Stütten

Anlage/n:

Keine

Betreff:

**Offener Bücherschrank für den Stadtteil Griesmarode,
Standortvorschlag Einmündung Paul-Jonas-Meier Str. oder Nähe
der Kindertagesstätte Querumer Straße**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Entscheidung)

Status

30.10.2019

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Der Stadtbezirksrat beantragt auf Grund des Konzeptes (Beschlussvorlage 1808216) die Aufstellung eines Bücherschrankes im angefragten Bereich.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 3800 Euro trägt der Bezirksrat.

Sachverhalt:

Begründung:

Der offene Bücherschrank soll dazu dienen, Bücher kostenlos, anonym und ohne jegliche Formalitäten

zum Tausch oder zur Mitnahme durch die Anwohner anzubieten und soll u.a. auch zur Kommunikation und zum Ideenaustausch beitragen.

Paten für den Bücherschrank stehen zur Verfügung, eine Betreuung ist somit gewährleistet. Es handelt sich um einen Bürgerwunsch.

Grundlage dieses Antrages ist die Vorlage 18-08801 „Stadtweite Einführung von Bücherschränken“ vom 31.08.2018.

Gez.

Bianca Nicolai

Anlage/n:

Keine

Absender:

**BIBS, SPD, B90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 112**

TOP 4.5

19-12026

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Tote querlaufenden Schienen in der Kehrbeeke

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Entscheidung)

Status

30.10.2019

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Stadtbezirksrat beantragt, dass die toten querlaufenden Schienen in der Kehrbeeke so umgestaltet werden dass sie für Radfahrer keine Gefahr mehr darstellen.

Sachverhalt:

Die Strecke wird von den Kindern des Bezirks 112 zum Erreichen der weiterführenden Schulen benutzt. Es gab bereits zahlreiche Unfälle und Stürze an dieser Stelle.

Gez.

Tatjana Jenzen
BIBS

Gez.

Peter Chmielnik
SPD

Gez.

Gerhard Masurek
Grüne

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Bauliche Veränderungen auf der Bienroder Str. in Waggum vornehmen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Entscheidung)

Status

30.10.2019

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Der Bezirksrat beantragt, dass auf der Bienroder Str. zwei bauliche Verkehrsleiteinrichtungen eingerichtet werden (siehe Bild von der Rabenroder Str.).

Sachverhalt:

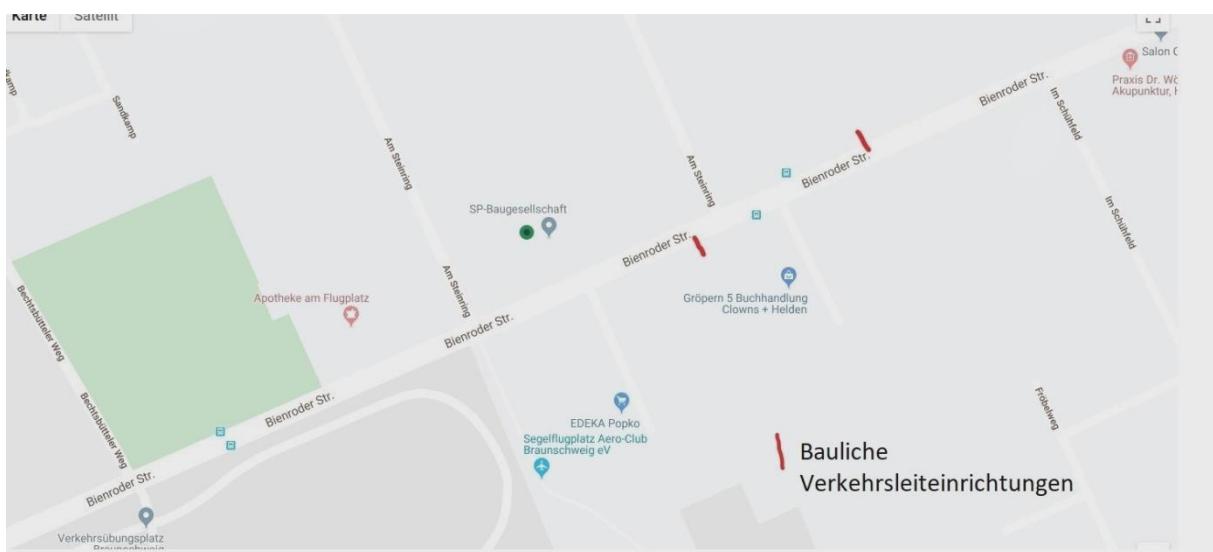
Der gerade Verlauf und die Breite der Bienroder Str. verführt viele Fahrzeugführer dazu, mit erhöhter Geschwindigkeit durch den Ort zu fahren. Die Beschilderung mit unterschiedlichen Geschwindigkeitsbegrenzungen (30, 50, 30 ...) verwirrt Autofahrer und führt nicht dazu die Geschwindigkeit zu reduzieren. Wesentlich wirkungsvoller wäre die Geschwindigkeitsreduzierung durch bauliche Maßnahmen, wie an der Rabenrode Str. bereits geschehen und eindrücklich bewiesen wird. (siehe Bild). Bei Gegenverkehr muss abgebremst werden, das führt zur Geschwindigkeitsreduzierung. Somit wäre eine höhere Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer auch an der Bienroder Str. erreicht und der Lärmpegel für Anwohner deutlich gesenkt.

gez.

Bernd Sternkiker
B90/Grüne

Anlage/n:

Anlage - Foto und Lageplan



Absender:

**Gerald Molder Die Linke. im
Stadtbezirksrat 112**

19-11975

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Erhalt des Freizeit- und Veranstaltungsgeländes in Querum

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Entscheidung)

Status

30.10.2019

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Der Bezirksrat fordert, dass das Freizeit- und Veranstaltungsgelände in Querum, das nach Norden durch die Dibbesdorfer Straße, nach Westen durch die Bevenroder Straße, nach Süden durch den Aldi-Parkplatz und nach Osten in Zukunft durch das geplante Baugebiet „Dibbesdorfer Straße Süd“ begrenzt wird, erhalten bleibt und den Einwohnern Querums auch in Zukunft für Volks- und Kinderfeste, Zirkusveranstaltungen und als Bolzplatz für die Jugend zur Verfügung steht.

Sachverhalt:

Seit Jahrzehnten wird das Freizeit- und Veranstaltungsareal von den Querumern für unterschiedliche Zwecke genutzt, wobei das von den Querumer Vereinen jedes Jahr organisierte Volksfest einen besonderen Stellenwert einnimmt. Aber auch der Bolzplatz für die Jugendlichen ist wichtig, und er wurde in der Vergangenheit vom Bezirksrat entsprechend ausgestattet.

Dieses Areal den Querumern wegzunehmen, bedeutet, einen Ort der sozialen Kontakte abzuschaffen. Dies will der Bezirksrat unbedingt verhindern.

Der geplante Radfernweg kann ohne Probleme an dem Areal in östlicher Richtung vorbeigeführt werden. Die Trasse der Campusbahn kann, falls sie überhaupt kommt, auch entlang der Volkmaroder Straße verlaufen.

gez.

G. Molder

Anlage/n:

Keine

Absender:
**SPD, B90/Die Grünen, BIBS im
Stadtbezirksrat 112**

19-12018
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Neugestaltung Einmündung Erlenbruch-Bienroder Straße

Empfänger:
Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:
17.10.2019

Beratungsfolge: Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Entscheidung)	30.10.2019	Status Ö
---	------------	-------------

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Bezirksrat beantragt, dass der Bereich Bienroder Straße/ Einmündung Erlenbruch so neu gestaltet wird, dass der Einmündungsbereich auch mit den neu geplanten Haltestellen sicherer wird. In diese Planung ist auch die Sicherung der „Alten Rotbuche“ mit Verbesserung des dortigen Fußweges einzubeziehen.

Die Kosten der Maßnahmen sind dem Bezirksrat vor Beginn des Umbaues auch in Hinblick auf Anliegerbeteiligungen vorzustellen..

Sachverhalt:

Auch auch hier gab es eine Ortsbesichtigung mit dem Fachbereich Tiefbau und Vorschläge zur Verbesserung. Die Neugestaltung der Haltestellen bedingt unseres Erachtens eine Neugestaltung dieses Bereichs.

Anlage/n:

Keine

Absender:

**BIBS, SPD, B90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 112**

19-12027

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Geschwindigkeitsmesstafeln im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-
Beberbach**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Entscheidung)

30.10.2019

Status

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Der Stadtbezirksrat beantragt, dass drei Geschwindigkeitsmesstafeln an nachfolgenden Stellen fest installiert werden.

Waggum Ortseingang aus Bienrode kommend. (Bienroder Straße Höhe Apotheke)
Bienrode Ortseingang aus Waggum kommend (Bienroder Straße Höhe Claviusstrasse)
Querum Bevenroder Straße in Richtung Innenstadt (Höhe Abra)

Sachverhalt:

Die Geschwindigkeit wird an diesen Stellen regelmäßig überschritten. Die Tafeln sollen da Abhilfe schaffen und zur Einhaltung der vorgesehenen Geschwindigkeit beitragen indem sie dem Fahrer visuell die tatsächliche Geschwindigkeit vor Augen führen. Der Bezirksrat sieht den wöchentlichen Wechsel der Displays als zu kostenintensiv und nicht zielführend an.

Gez.

Tatjana Jenzen
BIBS

Gez.

Peter Chmielnik
SPD

Gez.

Gerhard Masurek
Grüne

Anlage/n:

Keine

Absender:

**B90/Die Grünen, BIBS, SPD im
Stadtbezirksrat 112**

19-11992

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Separater Fahrradweg zwischen den Stadtteilen Hondelage und
Waggum**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Entscheidung)

Status

30.10.2019

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Es wird beantragt, zwischen den Stadtteilen Hondelage und Waggum einen separaten Fahrradweg zu errichten.

Sachverhalt:

Die Sanierung der K31 zwischen Bevenrode und Hondelage hat gezeigt, dass eine Radwegverbindung zwischen Hondelage und Waggum nur über weite Umwege „verkehrssicher“ darstellbar ist.

Sinnvoll ist es daher, eine dauerhafte und sichere Radwegverbindung zwischen Hondelage und Waggum herzustellen. Dabei genügt es, den neuen Radweg an den befestigten Weg am östlichen Ende des Flughafengrundstücks anzuschließen.

gez.

Gerhard Masurek
B90/Grüne

gez.

Tatjana Jenzen
BIBS

gez.

Peter Chmielnik
SPD

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Gerald Molder Die Linke. im
Stadtbezirksrat 112**

19-11976

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Nachpflanzungen im Waggumer Weg

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Entscheidung)

Status

30.10.2019

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Der Bezirksrat bittet das Grünflächenamt der Stadt dafür zu sorgen, dass die gefällten und die kurz vor dem Umkippen stehenden Birken auf dem Grünstreifen des Waggumer Weges (rechte Seite stadtauswärts) durch Nachpflanzungen ersetzt werden und das Bild von Birken, die umzukippen drohen, verschwindet.

Sachverhalt:

Im Frühsommer 2019 wurden auf dem besagten Grünstreifen alle Birken, die verdorrt waren, gefällt. Dabei wurden einzelne belaubte Birkenstämme verschont, die heute umzukippen drohen. Durch die Fällung der Birken wurde das Straßenbild an mehreren Stellen negativ verändert. Entweder gibt es dort Lücken oder einzelne Stämme, die hässlich aussehen. Dies widerspricht dem Programm der Stadt, auch in Braunschweigs Außenbereichen das Stadtrgrün in gutem Zustand zu halten.

gez.

G. Molder

Anlage/n:

Keine

Betreff:**Umwandlung der Grundschulen Lamme und Waggum in Ganztags-schulen****Organisationseinheit:**

Dezernat V

40 Fachbereich Schule

Datum:

16.10.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehndorf-Watenbüttel (Anhörung)	22.10.2019	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhö-30.10.2019 rung)	30.10.2019	Ö
Schulausschuss (Vorberatung)	01.11.2019	Ö
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	05.11.2019	N

Beschluss:

Die Stadt Braunschweig beantragt die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an den Grundschulen Lamme und Waggum mit Beginn des Schuljahres 2020/2021 gem. § 23 Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG).

Sachverhalt:

Am 26. November 2017 hat der Rat die Prioritätenliste und den Umsetzungsplan zum Ausbau der Kooperativen Ganztagsgrundschule (KoGS) beschlossen (Ds. 17-05080-01). Die Grundschulen Lamme und Waggum gehören zu den sechs erstgenannten Schulen, die in eine Ganztagschule umgewandelt werden sollen.

1. Grundschule LammeAusgangslage

Der Schulvorstand der Grundschule Lamme hat bereits am 23. September 2009 die Einrichtung des Ganztagsbetriebes beantragt – ohne ein Datum für die Umsetzung zu nennen. Im Februar 2016 wurde erstmalig über das Raumprogramm für den Ganztagsbetrieb der Grundschule Lamme entschieden (vgl. Ds. 15-01312). Diese Planung bedurfte wegen geänderter Rahmenbedingungen einer Überarbeitung. Das überarbeitete Raumprogramm zur Schaffung der Ressourcen für den Ganztagsbetrieb der Grundschule Lamme (Ds.17-05261) ist vom Verwaltungsausschuss am 19. September 2017 beschlossen worden. Aktuell werden neben den Ressourcen für den Ganztagsbetrieb auch verbesserte Raum- und Arbeitsbedingungen für den Unterricht und die Lehrkräfte geschaffen. Dazu erhält die Schule einen Erweiterungsbau, in dem die Mensa mit Nebenräumen, die Fachunterrichtsräume Musik und Werken/Kunst, der Freizeitbereich und die Betreuungsräume hergestellt werden. Mit den Umbauten im Bestand entsteht u. a. ein neues Lehrerzimmer für das vergrößerte Kollegium. Die Fertigstellung der Baumaßnahmen ist zum Schuljahresbeginn 2020/2021 vorgesehen.

Am 30. September 2019 ist das pädagogische Konzept für den Ganztagsbetrieb im Schulvorstand vorgestellt worden. Zugleich wurde beschlossen, mit dem Ganztagsbetrieb zum Schuljahr 2020/2021 zu starten, wenn die erforderliche Infrastruktur fertiggestellt ist.

Finanzielle Auswirkungen

Die finanziellen Auswirkungen, die sich aufgrund der baulichen Erweiterung und der inneren Umbauten der Schule für die Herstellung der Ganztagsinfrastruktur ergeben, sind bereits in der Raumprogrammvorlage (Ds. 17-05261) dargestellt worden.

Die erhöhten Personalkosten im Schulsekretariat (anteilig für das Jahr 2020: 4.600 € und ab 2021: 11.000 €/Jahr und die Erhöhung des Schulbudgets (anteilig für das Jahr 2020: 215 € und ab 2021: 510 €/Jahr) werden aus vorhandenen Mitteln finanziert.

2. Grundschule Waggum

Ausgangslage

Die Realisierung von Neubaugebieten im Schulbezirk der Grundschule Waggum haben dazu geführt, dass die Schüler- und Klassenzahlen gestiegen sind und die räumlichen Ressourcen der Schule ausgebaut werden müssen. Mit der baulichen Erweiterung der Schulanlage wird auch die erforderliche Ganztagsinfrastruktur hergestellt. Neben den Ressourcen für den Ganztagsbetrieb (Mensa, Betreuungsraum, Freizeitbereich, Büro Kooperationspartner) entstehen zusätzliche Räume für Unterricht, Schulsozialarbeit, Erste Hilfe und verbesserte Arbeitsbedingungen für die Verwaltung. Das Raumprogramm für die bauliche Erweiterung und die Schaffung der Ressourcen für den Ganztagsbetrieb der Grundschule Waggum (Ds. 17-04365) ist vom Verwaltungsausschuss am 19. September 2017 beschlossen worden. Das Vorhaben befindet sich aktuell in der Umsetzung. Die Fertigstellung der Baumaßnahmen ist zum Schuljahresbeginn 2020/2021 vorgesehen.

Der Schulvorstand der Grundschule Waggum hat am 9. September 2019 die Umwandlung der Schule in eine offene Ganztagschule zum Schuljahresbeginn 2020/2021 beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen

Die finanziellen Auswirkungen, die sich aufgrund der baulichen Erweiterung und der inneren Umbauten der Schule für die Herstellung der Ganztagsinfrastruktur ergeben, sind bereits in der Raumprogrammvorlage (Ds.17-04365) dargestellt worden.

Die erhöhten Personalkosten im Schulsekretariat (anteilig für das Jahr 2020: 3.800 € und ab 2021: 9.200 €/Jahr und die Erhöhung des Schulbudgets (anteilig für das Jahr 2020: 150 € und ab 2021: 360 €/Jahr) werden aus vorhandenen Mitteln finanziert.

Für die Schaffung und den Betrieb von Betreuungsplätzen nach dem Braunschweiger Modell für bis zu 60% der Schülerinnen und Schüler stehen die entsprechenden Mittel für Betriebskosten und Erstausstattung im Rahmen des Ausbauprogramms Schulkindbetreuung (Ds. 16802/14) zur Verfügung. Die Betriebskosten sind in den Folgejahren fortzuschreiben.

Gemäß Erlass des MK vom 10. April 2014, zuletzt geändert am 10. April 2019, sind der Niedersächsischen Landesschulbehörde (NLSchB) Anträge auf Einrichtung von Ganztagschulen zum Schuljahresbeginn 2020/2021 mit den notwendigen Unterlagen bis spätestens 1. Dezember 2019 zu übersenden. Die pädagogischen Konzepte für den Ganztagsbetrieb bei der Schulen liegen vor.

Dr. Arbogast

Anlage/n:

keine

Absender:

CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 112

TOP 6.1

19-12010

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Sporthalle IGS Querum

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Entscheidung)

Status

30.10.2019

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Wir beantragen den Bau einer der Schule entsprechenden Sporthalle.

Sachverhalt:

Die IGS Querum verfügt zurzeit nur über eine kleine, alte 1-Feld-Sporthalle. Diese wird überwiegend von SuS der ansässigen Grundschule Querum genutzt, da diese keine eigene Sporthalle besitzt. Die SuS der IGS Querum werden zu ihren Sportstunden in die Sporthalle der ehemaligen Husarenkaserne bzw. in andere Sporthallen im Stadtgebiet gefahren, falls dort freie Zweiteinheiten zur Verfügung stehen.

Um diesen unhaltbaren, kosten- und zeitaufwendigen Zustand endlich zu beenden soll auf dem Gelände der IGS oder einem in Schulnähe, von der Verwaltung gefundenen Standort ergänzend zu der vorhandenen Sporthalle mindestens eine 3-Feld-Sporthalle gebaut werden.

gez.

Jürgen Wendt

Anlage/n:

Keine

Absender:
**SPD, B90/Die Grünen, BIBS im
Stadtbezirksrat 112**

19-12019
 Antrag (öffentlich)

Betreff:

Westlicher Ortseingang Bevenrode

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Entscheidung)

Status

30.10.2019

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Bezirksrat beantragt, dass an der Ortseinfahrt Bevenrode aus Richtung Waggum bauliche Maßnahmen zur Reduzierung der Einfahrtsgeschwindigkeit erstellt werden („Einfahrtschikane“).

Sachverhalt:

Die gerade Einfahrtstrecke verführt viele Fahrzeugführer dazu, mit erhöhter Geschwindigkeit in den Ort zu fahren und dabei auch die im späteren Straßenverlauf eingeführte Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h vor den Bushaltestellen (sind auch Schulbushaltestellen) zu mißachten.

Zur Sicherheit der Schüler, Fahrgäste, Anlieger, Fußgänger und Radfahrer ist diese „Einfahrtschikane“ nötig. Gleichzeitig soll sie auch der Lärmreduzierung dienen.

Gez.

Gerhard Stütten

Anlage/n:

Keine

Absender:

**B90/Die Grünen, BIBS, SPD im
Stadtbezirksrat 112**

TOP 8.2

19-11995

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**10 v.Hundert der städtischen Forsten im Bezirk 112 einer
natürlichen Entwicklung überlassen**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Entscheidung)

30.10.2019

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Es wird beantragt, 10 v.Hundert der städtischen Forsten im Bezirk 112 einer natürlichen Entwicklung zu überlassen.

Sachverhalt:

Zur Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie haben sich die Niedersächsischen Landesforsten verpflichtet, 10% ihrer Waldfläche einer natürlichen Entwicklung zu überlassen.

Die Stadt Braunschweig soll dieses Ziel in ihrem Zuständigkeitsbereich (bezogen auf den Bereich des Bezirks 112) ebenfalls umsetzen und entsprechend auf die Träger einwirken, an denen die Stadt unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

gez.
Gerhard Masurek
B90/Grüne

gez.
Tatjana Jenzen
BIBS

gez.
Peter Chmielnik
SPD

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Gerald Molder Die Linke. im
Stadtbezirksrat 112**

19-11977

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Verbesserung des Zustands des Bahnhofs Griesmarode

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Entscheidung)

Status

30.10.2019

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Der Bezirksrat fordert die Stadtverwaltung auf, durch Verhandlung mit der Deutschen Bahn AG zu erreichen, dass der unsägliche und beschämende Zustand des Bahnhofs Griesmarode noch vor dem Umbau des Verkehrsknotenpunkts in eine Verfassung gebracht wird, die Kunden der Bahn zugemutet werden kann. Das heißt insbesondere:

1. Die Graffiti-Schmierereien sind zu übermalen.
2. Die Wegeschäden am Zugang zum Bahnhof sind zu beseitigen.
3. Wildkraut bzw. Wildwuchs sind weg- bzw. zurückzuschneiden.

Sachverhalt:

In der Braunschweiger Zeitung wurde im Zusammenhang mit Forderungen des Bezirksrats bzgl. des Umbaus des Bahnhofs Griesmarode deutlich gemacht, in welchem unterirdischen Zustand sich dieser Bahnhof zur Zeit befindet. Es ist in der Tat eine Schande und ein Armszeugnis für die Deutsche Bahn, dass Benutzer des Bahnhofs Griesmarode über eine abgewrackte Anlage ihre Züge erreichen bzw. verlassen müssen. So etwas hat es zu der Zeit, als das Staatsunternehmen noch keine AG war, nicht gegeben.

gez.

G. Molder

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Westlicher Ortseingang Waggum

Empfänger:
Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:
17.10.2019

Beratungsfolge:
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Entscheidung) 30.10.2019 Status
Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Bezirksrat beantragt, dass an der Ortseinfahrt Waggum aus Richtung Bienrode eine Querungshilfe mit Verschwenkung einer Fahrspur vor den Bushaltestellen erstellt wird.

Sachverhalt:

Die gerade Einfahrtstrecke verführt viele Fahrzeugführer dazu, mit erhöhter Geschwindigkeit in den Ort zu fahren und erst an der Querungshilfe in Höhe „Edeka-Markt“ abzubremsen, obwohl zwei Bushaltestellen, die auch Schulbushaltestellen sind, am Weg liegen. Aus Richtung Bienrode aussteigende Fahrgäste (darunter sehr viele Schüler) müssen hier die Straße queren.

Zur Sicherheit der Schüler, Fahrgäste und auch der Fußgänger und Radfahrer ist diese Querungshilfe nötig, die gleichzeitig auch sogenannte „Einfahrtsschikane“ ist.

In einer Begehung mit Vertretern der Tiefbauverwaltung waren solche Maßnahmen bereits erörtert worden.

Anlage/n:

Keine

Absender:

**SPD, BIBS, B90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 112**

TOP 9.1

19-12012

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Radweg an der K 31

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Im Zuge des Ausbaues der Mobilität auch ohne Autos ist die Entwicklung der Fern-Radwege unabdingbar. An der Verbindungsstraße zwischen Bevenrode und Hondelage ist bisher kein Radweg vorgesehen.

Wir fragen daher:

- 1) Ist die Anlage eines Radwegs an der K 31 mit Kostenschätzung bisher untersucht worden?
- 2) Ist eine andere Ersatz-Lösung direkt durch den Wald möglich?

gez.

Gerhard Stütten

Anlage/n:

Keine

Betreff:**Radweg an der K 31****Organisationseinheit:**Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr**Datum:**

30.10.2019

BeratungsfolgeStadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur
Kenntnis)**Sitzungstermin**

30.10.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Fraktionen der SPD, der BIBS sowie Bündnis 90/Die Grünen vom 17.10.2019 wird wie folgt Stellung genommen:

Auf der Kreisstraße 31 zwischen Bevenrode und Hondelage fahren täglich weniger als 2.000 Kfz. Die Geschwindigkeit auf der K 31 ist auf der ganzen Länge auf 60 km/h beschränkt. Vor der kürzlich abgeschlossenen Fahrbahnsanierung war die Geschwindigkeit aufgrund von Fahrbahnschäden abschnittsweise auf 40 km/h herabgesetzt; diese Beschilderung wird kurzfristig entfernt.

Unfälle mit Beteiligung von Radfahrern sind aus den letzten Jahren nicht bekannt.

Nach Angabe der Polizei weist die Strecke keinerlei Auffälligkeiten auf.

Aufgrund der geringen Kfz-Mengen sieht die Verwaltung dort keinen Bedarf für die Herstellung eines Radweges. In den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen wird auf Strecken wie der K 31 als Führungsform für den Radverkehr „Mischverkehr mit Kraftfahrzeugen auf der Fahrbahn“ vorgesehen.

Zu 1.: Bezuglich der Anbindung des Sportplatzes wurden 2005 Planungen eines Geh- und Radweges begonnen. Die Vorlage 16063/13 wurde im Bezirksrat 112 am 01.07.2014 und im PIUA am 02.07.2014 aufgrund offener Fragen nicht beschlossen.

Mit Aufgabe des Sportplatzes ist auch der Bedarf eines Geh- und Radweges entfallen (siehe auch Beschlussvorlage 17-05099). Vor diesem Hintergrund wurden die begonnenen Planungen nicht fortgesetzt.

Zu 2.: Vorhandene Wege im Wald können von Radfahrern benutzt werden. Der Ausbau von Wegen im Wald ist nicht geplant.

Wiegel

Anlage/n:

keine

Betreff:

Erweiterung der Start- und Landebahn für die Hochauftriebsforschung des DLR

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Start und Landebahn wurde für die Hochauftriebsforschung des DLR erweitert.
(Oberverwaltungsgericht Lüneburg)

Hieraus resultieren folgende Fragen:

1. Entspricht es den Tatsachen, dass der Airbus des DLR in nächster Zeit verkauft wird?
2. Welche Forschungsprojekte rund um den Flughafen, die mit EU-, Landes- oder Bundesmitteln gefördert werden sind oder waren vom Status des Flughafens bzw. von der Länge der Landebahn abhängig?
3. Welche vom Status des Flughafens und der Länge der Landebahn abhängige Forschungsprojekte sind für 2020 geplant?

Gez.

Tatjana Jenzen

Anlage/n:

Keine

*Betreff:***Erweiterung der Start- und Landebahn für die
Hochauftriebsforschung des DLR***Organisationseinheit:*

Dezernat VII

20 Fachbereich Finanzen

Datum:

30.10.2019

*Beratungsfolge*Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur
Kenntnis)*Sitzungstermin*

30.10.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der BIBS-Fraktion vom 18. Oktober 2019 (19-12023) wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Frage 1:

Der Verwaltung liegen keine Informationen vor, dass das DLR den Airbus (Airbus A320-232 "D-ATRA") zu verkaufen beabsichtigt.

Zu Frage 2 und 3:

Der Ausbau der Start- und Landebahn am Forschungsflughafen Braunschweig-Wolfsburg war eine Teilmaßnahme des im Jahr 2013 abgeschlossenen Förderprojektes 'Ausbau des Avionik-Clusters am Forschungsflughafen Braunschweig-Wolfsburg'. Die ausgebauten Start- und Landebahn wird unter anderem bekanntermaßen den zahlreichen Forschungsanrainern und -institutionen wie beispielsweise der TU Braunschweig und dem DLR, die am Forschungsflughafen Braunschweig-Wolfsburg angesiedelt sind, zur Verfügung gestellt.

Detaillierte Informationen zu den vielfältigen Forschungsbereichen und -flügen im Einzelnen, der jeweiligen Nutzung der Start- und Landebahn, und den ggf. notwendigen weiteren Rahmenbedingungen liegen der Verwaltung nicht vor.

Beispielhaft wird hierzu auf die umfangreichen Informationen auf der Internetseite des DLR zur Forschungsflugabteilung Braunschweig (<https://www.dlr.de/fb/desktopdefault.aspx/tabcid-3686/>) und zum „ATRA“ selbst (https://www.dlr.de/fb/desktopdefault.aspx/tabcid-3707/5786_read-36326/) verwiesen. Danach sind Forschungsschwerpunkte des „ATRA“ u. a. die Hochauftriebsforschung und die Wirbelschleppenforschung.

Ferner wird auf die zahlreichen Forschungsprogramme der TU Braunschweig bzw. des Niedersächsischen Forschungszentrum für Luftfahrt (NFL) am Campus Forschungsflughafen hingewiesen. (<https://www.tu-braunschweig.de/forschung/zentren/nfl/projekte>).

Geiger

Anlage/n: Keine

Betreff:

"Schotterrasen" am Empfangsgebäude des Flughafens

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur 30.10.2019
Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Vor dem Empfangsgebäude des Flughafens („Das Portal zur Stadt Braunschweig“) ist zwischen dem Gebäude und dem Bürgersteig ein ca. 1m breiter Streifen mit Kies gefüllt. Das entspricht nicht den Vorschriften der Niedersächsischen Bauordnung. Die Stadtverwaltung selber hat in mehreren Verlautbarungen ihre Bürgerinnen und Bürger auf diese Bestimmungen hingewiesen, wonach „Schotterrasen“ auf den Grundstücken nicht zulässig und umzuwandeln sind.

Wir fragen:

Wann wird die Flughafen-GmbH, bei der die Stadt Mehrheitsgesellschafter ist, den „Schotterrasen“ austauschen?

gez.
Gerhard Masurek
B90/Grüne

Anlage/n:

Keine

Betreff:

"Schotterrasen" am Empfangsgebäude des Flughafens

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	<i>Datum:</i> 30.10.2019
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Kenntnis)	30.10.2019	Ö

Sachverhalt:

Die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Oktober 2019 (DS 19-11996) wurde mit der Bitte um Stellungnahme an die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH weitergeleitet, welche hierzu wie folgt mitteilt:

Die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH befindet sich bereits in der gestalterischen Umplanung der Kiesbeete. Bevor diese umgesetzt werden kann, ist eine Baumaßnahme (die Ertüchtigung des Blitzschutzes des Hauptgebäudes) im Bereich der Kiesbeete notwendig. Diese ist für das Frühjahr 2020 geplant. Nach Abschluss dieser Maßnahme werden die Beete Bienen- und Insektenfreundlich gestaltet.

Geiger

Anlage/n:

Keine

Absender:
**SPD, BIBS, B90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 112**

19-12013
 Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Radweg zwischen Bevenrode und Grassel

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Zu diesem Thema „Bau eines Radweg zwischen Bevenrode und Grassel“ hatte der Bezirksrat in der Sitzung vom 7.11.2018 mit nur einer Gegenstimme den Beschluss gefasst, den Neubau als vordringlichen Bedarf anzusehen.

Von Bürgern aus unserem Nordbezirk sind wir gebeten worden, uns für den Neubau eines Radweges von Bevenrode bis Grassel einzusetzen. Weil die L 293 dort sehr schmal ist, besteht wegen der mangelnden Verkehrssicherheit für die Radfahrer ein vordringlicher Bedarf zur Einrichtung eines Radweges. Diese Strecke wird auch sehr häufig von Schülern auf dem Weg zu den weiterführenden Schulen in unserem Bezirk als auch nach Wenden befahren. Schüler aus unserem Bezirk besuchen nach der Schule die neuen Schulfreunde z.B. in Grassel. Zudem ist der Radweg Lückenschluss nach Grassel und darüberhinaus z.B. nach Fallersleben/Wolfsburg.

Diese Teilstrecke an der L 293 sollte in das landesweite Radwegekonzept aufgenommen werden.

Wir haben folgende Fragen:

-Wie weit ist die Prüfung zum Neubau des geforderten Radweges an der L 293 gediehen?
Wir bitten um einen Sachstandsbericht.

Gez.

Gerhard Stütten

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Radweg zwischen Bevenrode und Grassel

Organisationseinheit: Dezernat III 66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr	Datum: 30.10.2019
---	----------------------

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Kenntnis)	30.10.2019	Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Fraktionen der SPD, der BIBS sowie Bündnis 90/Die Grünen vom 17.10.2019 wird wie folgt Stellung genommen:

1. Radwege an Landesstraßen allgemein

Bei der betreffenden Straße handelt es sich um die Landesstraße L 293. Grundlage für den Bau von neuen Radwegen an Landesstraßen ist das landesweite Radwegekonzept. Das Land Niedersachsen bewertet verschiedene Kriterien für die Beurteilung der Dringlichkeit. Im Vordergrund für die Bewertung und Gewichtung der Projekte stehen Kriterien wie z. B. Radwegsicherung an Kitas und Schulen, Radfahrerpotenzial, Lückenschluss, Tourismus, Machbarkeit und Kosten. Gemäß dieser Vorgabe wurden landesweit 144 Projekte mit der höchsten Punktzahl in den „vordringlichen Bedarf“ aufgenommen.

Bei Radwegen an Landesstraßen ist das Land allein zuständig für die Planung, den Bau und die Finanzierung inklusive aller dazugehörigen Maßnahmen, wie etwa Grunderwerb oder Ausgleich und Ersatz. Die früher möglichen Gemeinschaftsradwege mit einer Beteiligung und Kostenteilung der Kommunen sind nicht mehr vorgesehen. Das Land würde sich natürlich nicht dagegen sperren, wenn eine Kommune an einer Landesstraße selbst einen Radweg bauen möchte.

Eine eigenständige Planung und der Bau eines Radweges an einer Landesstraße durch eine Kommune ist möglich, wenn die Kommune sämtliche Kosten selbst trägt. Da der Bau von Radwegen an Landesstraßen eine Landesaufgabe ist, wäre der Bau durch eine Kommune nicht förderfähig.

2. Radweg Bevenrode - Grassel

Das Land hat sein Radwegekonzept 2016 fortgeschrieben. Der Landkreis Gifhorn und die Stadt Braunschweig hatten den o. g. Radweg bei der Aufstellung des Konzeptes angemeldet, er wurde vom Land aber nicht in den vordringlichen Bedarf übernommen.

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) sieht keine Möglichkeit, die Prioritäten des Radwegekonzeptes zu ändern. Ein konkreter Zeitpunkt für die nächste Fortschreibung des Landeskonzepes kann derzeit nicht genannt werden. Bei einer Fortschreibung würden erneut Anregungen der Landkreise und kreisfreien Städte geprüft.

Die Kosten für einen Radweg zwischen Bevenrode und Grassel belaufen sich nach heutiger Schätzung voraussichtlich auf ca. 750.000 € (Planungskosten, Planfeststellungsverfahren, Grunderwerb, Ausgleich und Ersatz, Bau, Verkehrssicherung). Die Gesamtlänge beträgt ca. 1.500 m. Davon entfallen ca. 1.200 m auf das Stadtgebiet von Braunschweig.

Um den Radweg nicht auf der Strecke enden zu lassen, ist eine Zusammenarbeit mit dem Landkreis Gifhorn und der Gemeinde Grassel erforderlich.

Die Stadt Braunschweig hat eigene Aufgaben und eigene Prioritäten. Daher ist bisher nicht vorgesehen, einen Radweg entlang der L 293 selbst und ohne das Land Niedersachsen zu bauen.

Der Landkreis Gifhorn baut keine Radwege an Landesstraßen. Dort stehen die Radwege an den Kreisstraßen im Vordergrund. Der Landkreis verweist auf die Gemeinden, die im Bedarfsfall eigene Mittel für den Radwegebau einsetzen können. Nach Aussage der Gemeinde Meine (Grassel ist ein Ortsteil von Meine) ist der Wunsch nach einem Radweg bekannt. Bisher gibt es aber keine konkreten Überlegungen oder Planungen.

Aufgrund der vorgegebenen Finanzierung alleine durch das Land wurden Haushaltsmittel weder bei der Stadt Braunschweig noch im Landkreis Gifhorn bzw. bei der Gemeinde Meine vorgesehen.

3. Weiteres Vorgehen

Bei einer Fortschreibung oder Neuaufstellung des Landesradwegekonzeptes ist geplant, den Radweg erneut anzumelden.

Wiegel

Anlage/n:

keine

Betreff:

Verlängerung der Start- und Landebahn VFH Braunschweig-Wolfsburg: Planfeststellungsbeschluss vom 15.01.2007; Linien- und Touristikflüge

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur 30.10.2019
Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Da die Anzahl der 5 Linienflüge überschritten wurde ist laut Planfeststellungsbeschluss ein Lärmgutachten erforderlich. Dieses lärmtechnische Gutachten sollte bereits im Sommer 2018 vorliegen.

Hieraus resultieren folgende Fragen:

1. Wann wird das Gutachten veröffentlicht ?
2. Welche lärm schutztechnischen Maßnahmen werden in dem Gutachten empfohlen?
3. Wann ist mit der Umsetzung der Maßnahmen zu rechnen?

Gez.

Tatjana Jenzen

Anlage/n:

Keine

Absender:

B90/Die Grünen im Stadtbezirksrat 112

TOP 9.6

19-12000

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Straßenbahnhaltestelle Querumer Str.

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur 30.10.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

In 2 Veranstaltungen der Stadtverwaltung und der Braunschweiger Verkehrs GmbH zum Ausbau des Straßenbahnnetzes der Linie 2 für den Bereich des Giesmaroder Bahnhofs eine Wendeschleife im Bereich der Haltestelle Querumer Str. vorgestellt, um eine dichtere Taktung zwischen dem Bahnhof und der Innenstadt zu erreichen.

Die Straßenbahnhaltestelle Querumer Str. wurde im Laufe des Sommers umfassend saniert.

Es fällt auf, dass keine Weichen eingebaut wurden, um eine Wendeschleife in einem weiteren Bauabschnitt herrichten zu können. Das wäre nur mit zusätzlichen auch kostentreibenden Maßnahmen zu bewerkstelligen zu können.

Wir fragen:

Sind die Pläne einer Wendeschleife an der Querumer Str. aufgegeben worden?

gez.

Gerhard Masurek
B90/Grüne

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Abstellen von großen Aufliegern auf dem Festplatz in Querum

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Bezirksratssitzung am 30.10.2019 wird angefragt:

1. Wieso sind auf der Freizeit- und Veranstaltungsfläche in Querum zwei große Auflieger abgestellt?
2. Wer hat das veranlasst?
3. Kassiert die Stadt Gebühren dafür, dass die Freizeit- und Veranstaltungsfläche als Abstellplatz für große Auflieger genutzt wird?

Begründung: Die beiden großen Auflieger standen schon auf der Fläche, bevor Franks Reitbahn dort vor ein paar Tagen aufgebaut hatte. Sie haben nichts mit dem Betrieb der Reitbahn zu tun.

gez.

G. Molder

Anlage/n:

Keine

Betreff:**Abstellen von großen Aufliegern auf dem Festplatz in Querum****Organisationseinheit:**Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen**Datum:**

30.10.2019

BeratungsfolgeStadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur
Beantwortung)**Sitzungstermin**

30.10.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Fraktion Die Linke vom 18.10.2019 (19-12021) wird wie folgt Stellung genommen:

Nach Kenntnis der Verwaltung gehören die zwei Auflieger zur Firma Frank Safari Reitbahn, da sie bereits auf anderen städtischen Veranstaltungsorten gestanden haben.

Der Veranstalter kann gemäß Nutzungsvereinbarung die ihm überlassene Fläche bereits 4 Tage vor dem Betrieb der Reitbahn für erforderliche Aufbau- und Abbauarbeiten in Anspruch nehmen.

Aktuell ist der Veranstalter dabei, die Freizeit- und Veranstaltungsfläche in Querum fristgerecht zu räumen.

Dr. Niehoff

Anlage/n:

Keine

Absender:

**SPD, BIBS, B90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 112**

19-12014

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Verbindungstück Vossenkamp - Alte Dammwiese; Pfeifsignale am
BÜ "Himmelreich"**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur
Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Bis zum Beschluss vom 22.05.2019 wurde die „Alte Dammwiese“ noch als zweites Teilstück „Vossenkamp“ geführt, obwohl beide Teilstraßen nur durch einen Weg verbunden waren. Der nördliche Straßenteil ist für die Anlieger nur über den Bahnübergang „Himmelreich“ erreichbar. Da dieser Bahnübergang nach Auskunft der Deutschen Bahn keine Schranken-/Blinkanlage erhalten wird, werden weiter in der Zeit zwischen 5:10 Uhr und 23:12 Uhr weithin bei jeder Zugfahrt mehrere schrille Pfeifsignale zu hören sein. Das stellt eine erhebliche Lärmbelästigung der Anwohnerinnen und Anwohner im weiten Umfeld dar. Eine Unterschriftenliste mit der Bitte um Abstellung dieses Pfeiflärms wurde über den Bezirksrat an die Stadt weitergegeben. Aufgrund der im Bundesvergleich zu niedrigen Anwohnerzahl besitzt der betroffene Übergang jedoch keine hohe Priorität, und wurde bislang auch nicht in das Lärmsanierungsprogramm des Bundes aufgenommen. Von dieser Seite ist also keine Hilfe zu erwarten! Durch die Neubaugebiete in Querum wächst die Anzahl betroffener Anwohner. Mit dem Ausbau des Bahnhofs Griesmarode und der dann angedachten Verdoppelung des Taktes auf der Strecke Braunschweig – Uelzen wird die Lärmbelästigung für die Anwohnerinnen und Anwohner noch größer. Durch eine Verbindung beider Straßenteile „Vossenkamp - Alte Dammwiese“ würde die Notwendigkeit entfallen, den Bahnübergang „Himmelreich“ für Autos passierbar zu halten. Damit könnte der Bahnübergang ganz entfallen. Die Fahrradfahrer hätten zusätzlich zum Weg über den Vossenkamp ausreichend Ersatzstrecken.

Wir fragen daher:

- 1) Könnte dieses Verbindungsstück „Vossenkamp – Alte Dammwiese“ zeitnah hergestellt werden?
- 2) Welche Kosten würden entstehen; treten auch Anliegerkosten auf?
- 3) Kann nach dem Verbund der Straßen der BÜ „Himmelreich“ geschlossen werden und können damit die Pfeifsignale entfallen.

Gez.

Gerhard Stütten

Anlage/n:

Keine

Absender:

BIBS-Fraktion im Stadtbezirksrat 112

TOP 9.9

19-12025

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Monitoring Bericht 2018; Nachpflanzungen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Laut dem Monitoring Bericht 2018 sind umfangreiche Nachpflanzungen in der Größenordnung von 200.000 Bäumen auf den Ersatzflächen erforderlich.

Hieraus resultieren folgende Fragen:

Wann wird mit den Nachpflanzungen begonnen?

Wie ist angedacht worden die Dichtigkeit der Wildschutzzäune zu gewährleisten?

Welche Ersatzflächen fallen unter das Kriterium LÖWE Wald, welche unter das Kriterium Wirtschaftswald und wieso wird das unterschieden?

Gez.

Tatjana Jenzen

Anlage/n:

Keine

Betreff:**Monitoring Bericht 2018; Nachpflanzungen****Organisationseinheit:**Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen**Datum:**

30.10.2019

BeratungsfolgeStadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur
Kenntnis)**Sitzungstermin**

30.10.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Anfrage der BIBS-Fraktion vom 17. Oktober 2019 (DS 19-12025) wurde mit der Bitte um Stellungnahme an die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH weitergeleitet, welche hierzu folgendes mitteilt:

Zu Frage 1:

Die Nachpflanzungen sollen noch in diesem Jahr beginnen.

Zu Frage 2:

Zunächst werden die Wildschutzzäune repariert, um die Dichtigkeit zu sichern. Dabei werden ergänzend stabilere Tore eingebaut, um den Zugang zu den Ausgleichs- und Ersatzflächen zu erschweren. Zudem wird eine zeitlich engmaschigere Zaunkontrolle durchgeführt werden. Weitere Möglichkeiten werden durch die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH momentan validiert.

Zu Frage 3:

Bei den erfolgten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist zwischen Naturwald- und Wirtschaftswaldflächen zu unterscheiden. Die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH besitzt rd. 80 ha LÖWE-Wald und rd. 32 ha Naturwald inkl. Waldrand. Die Ausgleichs- und Ersatzflächen auf Braunschweiger Gebiet sind sowohl Natur- als auch LÖWE-Waldflächen. Die Flächen außerhalb des Braunschweiger Stadtgebietes sind ausschließlich LÖWE-Waldflächen.

Die Maßstäbe bzw. Entwicklungserfolge werden bei Natur- und Wirtschaftswald differenziert betrachtet. So weisen Naturwaldflächen beispielsweise nicht in allen Arealen eine flächendeckende Bepflanzung auf. Lichtere Flächen mit Kleinstrukturen und Kleingewässern sowie die Entwicklung von Pioniergehölzen wie Zitterpappel und Weiden sollen die Habitatvielfalt erhöhen.

„Die Entwicklung des LÖWE-Waldes richtet sich nach den Kriterien des Regierungsprogramms „Langfristige ökologische Waldentwicklung in den niedersächsischen Landesforsten“. Hier ist langfristig eine Bewirtschaftung gem. der LÖWE-Kriterien vorgesehen.“

Demgegenüber ist eine Bewirtschaftung der Naturwaldflächen nicht vorgesehen – sie werden einer eigendynamischen Entwicklung überlassen.

Für beide Zielkategorien wurden unterschiedliche Pflanzdichtenziele [...] definiert. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass für die Etablierung von Eichenbeständen, die einer Nutzung unterliegen sollen, höhere Pflanzdichten benötigt werden, um eine höhere Holzqualität zu erzeugen. [...]

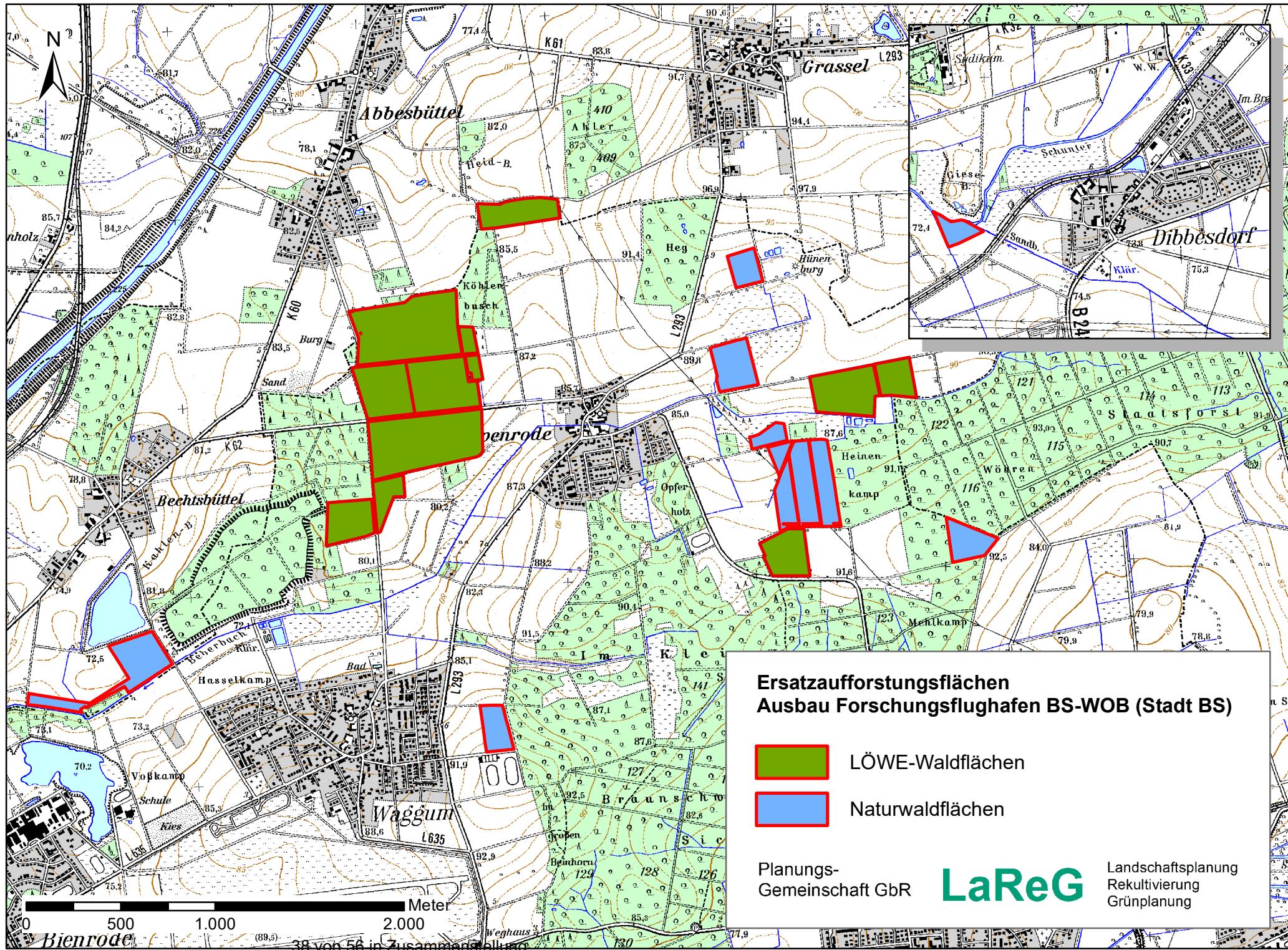
Demgegenüber wurden die Naturwaldflächen zumeist mit Niederstämmen (Höhe des Kronenansatzes ca. 100 cm) im Pflanzverband 5 x 5 Metern angelegt. Dies erzeugt einen – aus naturschutzfachlicher Sicht gewünschten – ungleichmäßigen Stammwuchs mit niedrig ansetzender Krone. Durch die Pflanzung von Niederstämmen ist ein „Vorsprung“ der Bäume gegenüber krautiger Konkurrenzvegetation gewährleistet.“ (Zitat aus: Planungsgemeinschaft LaReG, Monitoring zu den Kompensations- und Kohärenzmaßnahmen zum Ausbau des Forschungsflughafens Braunschweig-Wolfsburg, Jahresbericht 2017, S.21)

Als Anlage ist eine Übersichtskarte zu den unterschiedlichen Aufforstungsarten beigefügt.

Geiger

Anlage/n:

Übersichtskarte Ersatzaufforstungsflächen



Absender:
**SPD, BIBS, B90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 112**

19-12015
 Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Östlicher Wirtschafts- und Radweg um den Flughafen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Nach Kappung der Grasseler Straße existiert keine unmittelbare östliche Umfahrung um das Flughafengelände für den Verkehr mehr. Lediglich über einen bereits vorhandenen Wirtschaftsweg können Fahrräder den Flughafen östlich umfahren. Dieser Weg wird auch von Schülern zu den weiterführenden Schulen genutzt. Die jetzt wieder früher einsetzenden Dunkelheit schreckt jedoch viele von der Nutzung ab. Zusätzlich ist der Weg ohne „glatte“ Wegdecke besonders bei Dunkelheit unsicher zu befahren.

Wir fragen daher:

- 1) Kann diese Radwegstrecke durch Beleuchtung mit Bewegungsmelder besser gesichert werden?
- 2) Lässt sich die Wegdecke für den Radverkehr besser gestalten?

Gez.

Gerhard Stütten

Anlage/n:

Keine

*Betreff:***Östlicher Wirtschafts- und Radweg um den Flughafen***Organisationseinheit:*Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr*Datum:*

30.10.2019

*Beratungsfolge*Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur
Kenntnis)*Sitzungstermin*

30.10.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der SPD, BIBS und B90/Die Grünen vom 17. Oktober 2019 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Die Wirtschafts- und Forstwege im östlichen Bereich des Flughafengeländes sind Privatwege. Die Verwaltung hat die Anfrage an die Eigentümer weitergeleitet.

Sobald der Verwaltung die Antworten vorliegen wird dem Stadtbezirksrat das weitere Vorgehen mitgeteilt.

Wiegel

Anlage/n:

keine

Betreff:

Bürgersprechstunde im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

04.05.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur 22.05.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Seit 2001 werden im Auftrag des Oberbürgermeisters in allen 19 Stadtbezirken Bürgersprechstunden im monatlichen Rotationsverfahren durchgeführt (Quelle Homepage der Stadt Braunschweig).

Beim Stadtbezirk 112 handelt es sich um einen großen Bezirk mit ca. 20.000 Einwohnern. Beim monatlichen Rotationsverfahren sollte man annehmen, dass auch in unserem Bezirk mindestens in jedem zweiten Jahr eine Bürgersprechstunde stattfindet.

In der Auflistung der Protokolle sind wir aber seit Juli 2015 nicht aufgelistet. Daher ergeben sich folgende Fragen:

1. Obwohl in unserem Bezirk viele Themen (Flughafen, Neubaugebiete, Straßenverkehr...) auf großes Interesse seitens der Einwohner stoßen werden wir offenbar beim monatlichen Rotationsverfahren nicht berücksichtigt.
Warum nicht?
2. Wann findet die nächste Bürgersprechstunde in unserem Bezirk statt?

gez.

Peter Chmielnik

Anlage/n:

Keine

*Betreff:***Bürgersprechstunde im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach**

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	<i>Datum:</i> 30.10.2019
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Kenntnis)	30.10.2019	Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der SPD-Fraktion im StBezR 112 vom 04.05.2019 wird wie folgt Stellung genommen:

Zu 1.: Das seit 2001 praktizierte Modell der Bürgersprechstunden im Rotationsverfahren mit einem festen Turnus wurde Mitte 2017 durch ein individualisiertes Verfahren abgelöst. Seitdem werden Bürgersprechstunden unter ein Schwerpunktthema gestellt und sollen somit neu belebt und für Bürgerinnen und Bürger attraktiver gemacht werden. Ein monatliches Rotationsverfahren findet seitdem nicht mehr statt. Die Neustrukturierung der Bürgersprechstunden ist im Informationsgespräch zwischen den Bezirksbürgermeisterinnen/Bezirksbürgermeistern und der Verwaltung am 2. Mai 2017 intensiv erörtert worden.

Zu 2.: Für den Stadtbezirk 112 wird zeitnah eine Bürgersprechstunde mit einem Schwerpunktthema stattfinden.

Ruppert

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Fraktion Bündnis90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 112**

TOP 9.12

19-10825

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Baumpflanzungen auf der Waggumer Straße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

09.05.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Im Zuge der Baumnachpflanzungen in Braunschweig wurden auch in Bienrode auf der Waggumer Str. in Höhe des Sportplatzes, Ecke „Im Großen Moore“, Bäume gepflanzt. Diese allerdings in unmittelbarer Nachbarschaft zu schon dort stehenden Bäumen, mit teilweise unter 1m Abstand.

Wir fragen:

1. Handelt es sich eventuell um eine Verwechslung und die Neuanpflanzungen sollten auf der südlichen Seite der Waggumer Str. erfolgen?

gez.

Gerhard Masurek

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Fraktion Bündnis90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 112**

TOP 9.13

19-10826

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Blühwiesen schaffen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

09.05.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig besitzt etliche ungenutzte Grundstücke im Bezirk Wabe-Schunter-Beberbach. Diese Grundstücke eignen sich, Blühwiesen zu schaffen, die Bienen und Insekten eine wichtige Nahrungsquelle sind.

Wir fragen:

1. Sieht die Verwaltung Möglichkeiten, entsprechend geeignete Grundstücke als Blühwiesen zu gestalten?
2. Wann können Umsetzungen erfolgen?

gez.

Gerhard Masurek

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Fraktion Bündnis90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 112**

TOP 9.14

19-10827

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Heckenschnitt

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

09.05.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Im zeitigen Frühjahr war zu beobachten, dass im Norden Braunschweigs Weiden vor ihrer Blüte beschnitten wurden. Damit wurde Bienen und anderen Insekten eine fröhle Nahrungsquelle entzogen.

Wir fragen:

1. Sieht die Verwaltung eine Möglichkeit, den Heckenschnitt zu einem späteren Zeitpunkt, aber noch vor April, durchzuführen?

gez.

Gerhard Masurek

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Verbreiterung des Gehwegs vor dem Grundstück Bienroder Straße**1****hier: Stellungnahme der Verwaltung und Sachstand**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

09.05.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur 22.05.2019
Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Am 16.05.2018 fasste der Bezirksrat folgenden einstimmigen Beschluss, indem:
„die Verwaltung im Rahmen der Genehmigung und Durchführung des privaten Bauvorhabens an der Bienroder Straße 1, alle notwendigen Schritte unternimmt und veranlasst, um den sehr schmalen und unebenen Gehweg vor dem benannten Grundstück angemessen zu verbreitern. Es wird dabei u.a. verwiesen auf die Planung der Verwaltung zur Ortsdurchfahrt Waggum hier auf den Punkt Einmündung Erlenbruch.“

Die Verwaltung teilte in ihrer Stellungnahme DS 18-08114-01 vom 07.11.2018 dem Bezirksrat daraufhin mit:

„In der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 19.09.2018 hat die Ausschussvorsitzende einen „Runden Tisch“ zum Thema Ortsdurchfahrt Waggum angekündigt. Dort wird auch die Einmündung Erlenbruch thematisiert werden. Eine Verbreiterung des Gehweges im Rahmen der Durchführung privater Bautätigkeit auf dem Grundstück Bienroder Str. 1 setzt Grunderwerb voraus. Dazu wird die Verwaltung die Bereitschaft des Eigentümers erfragen und den Stadtbezirksrat informieren.“

Seit der Beschlussfassung ist ein Jahr vergangen. Auf dem besagten Grundstück ist mit der Bautätigkeit begonnen worden. Lt. Pressemitteilung der PluA-Ausschussvorsitzenden in der Mai-Ausgabe einer bezirklichen Monatszeitung, hat der „Runde Tisch“ seine Arbeit aufgenommen. Bisher liegen dem Bezirksrat keine von der Verwaltung zugesagten Informationen/Ergebnissen zu der Umgestaltung des Gehwegs mit Einmündung Erlenbruch bzw. den Verhandlungen mit dem Eigentümer vor. Auch zeitnahe Berichte/Protokolle mit Informationen oder Ergebnisse aus den Treffen des Runden Tischs, an dem die Verwaltung, aber nicht alle Fraktionen des Bezirksrates beteiligt sind, fehlen bzw. liegen den Bezirksratsmitgliedern und beratenden Ratsmitgliedern nicht vor.

Dies vorausgestellt fragen wir daher an:

1. Wie ist der Sachstand bezüglich der *Gehwegsverbreiterung/Einmündung Erlenbruch vor dem Grundstück Bienroder Str. 1* und wann ist mit der Umsetzung zu rechnen? (Beantwortung, wenn notwendig im nicht öffentlichen Teil.)
2. Welche neuen und abweichenden Erkenntnisse zum vorgeschlagenen Verwaltungskonzept bezüglich der *Einmündung Erlenbruch* und *Ortsdurchfahrt Waggum* gibt es aus der Arbeit des Runden Tischs und wann ist mit einer Umsetzung von Maßnahmen zu rechnen?

3. Wie wird der jeweilige Verwaltungsvertreter (augenscheinlich regelmäßig Stadtbaurat Leuer) als Mitglied des Runden Tischs jetzt und zukünftig seiner rechtlichen Verpflichtung nachkommen, wonach die nicht eingeladenen und damit nicht beteiligten Fraktionen am besagten Runden Tisch einen gleichberechtigten und gleichwertigen Informationszugang erhalten?

Es muss sichergestellt sein, dass alle die gleichen Möglichkeiten des (öffentlichen) Informations- und Fachaustauschs mit Verwaltung, Geschäftsführung und AR Vorsitzenden der städtischen Gesellschaft sowie mit den von der Stadt beauftragten Gutachtern eingeräumt werden.

gez.

Antje Keller

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Bündnis90/Grüne im Stadtbezirksrat
112**

19-11477

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Fußgängerüberwege in Waggum und Bienrode

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

14.08.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Vor dem Netto-Supermarkt auf der Waggumer Str. in Bienrode und dem EDEKA-Supermarkt auf der Bienroder Str. in Waggum sind Fußgängerüberwege ohne Zebrastreifen aber mit Verkehrsinseln eingerichtet. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit wurde dort jeweils für eine kurze Strecke auf Tempo 30 km/h begrenzt. Diese Temporeduzierung wird von der überwiegenden Zahl der motorisierten Verkehrsteilnehmer jedoch nicht beachtet.

Die "Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ 2001)" ergänzen die Verwaltungsvorschriften zu § 26 StVO und werden vom Bundesverkehrsministerium herausgegeben.

Unter Ziffer 1 Absatz 5 wird ausgeführt: "Wenn vor einem FGÜ unabhängig von einem konkreten Querungsbedarf die zulässige Höchstgeschwindigkeit nicht hinreichend eingehalten wird, so ist deren Beachtung durch geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen durchzusetzen"

Wir fragen:

1. Wie setzt die Verwaltung die Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit durch?

gez.
Gerhard Masurek
B90/Grüne

Anlage/n:

Keine

Betreff:**Fußgängerüberwege in Waggum und Bienrode****Organisationseinheit:**Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr**Datum:**

11.10.2019

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

30.10.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN vom 14.08.2019 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Die Polizei ist unverändert für die Durchsetzung der Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit im vorrangig gesamten Stadtgebiet zuständig. Daneben führt die Stadt Braunschweig unterstützend auch Geschwindigkeitsmessungen und –kontrollen nach dem vom Rat beschlossenen Konzept zur Ausweitung der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung (DS 16-03076 und 19-11071) durch.

Die Verwaltung wird zur Ermittlung eines Geschwindigkeitsprofils an beiden Querungsbereichen jeweils eine verdeckte Messung mit Hilfe eines Seitenstrahlradargerätes durchführen. Die Geräte sind für das 4. Quartal 2019 eingeplant.

Benscheidt

Anlage/n:

keine

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 112

TOP 9.17

19-11480

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Nutzung Feuerhaus Querum

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

13.08.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Beantwortung)

Status

Ö

Sachverhalt:

Bis 2016 wurden Teile des Gebäudes (obere Etage, Keller, die Fahrzeughalle und der Dachboden sowie ein kleines Gartengrundstück) von der Freiwilligen Feuerwehr Querum genutzt.

Seit dieser Zeit werden diese Gebäudeteile offenbar nicht mehr genutzt.

Daraus ergeben sich folgende Fragen an die Verwaltung:

Gibt es bereits eine Planung für die künftige Nutzung? Wenn ja, wie sieht sie aus, wenn nein, warum nicht?

Gibt es die Möglichkeit das Gebäude für die Heimatpfleger in unserem Stadtbezirk zu nutzen (Lagerraum, Ausstellungen, etc.)?

gez.

Peter Chmielnik
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 112

Anlage/n:

Keine

Betreff:**Nutzung Feuerhaus Querum****Organisationseinheit:**

Dezernat III

65 Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement

Datum:

30.10.2019

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

30.10.2019

Status

Ö

Sachverhalt:

Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Bei dem als Feuerhaus Querum bezeichneten Objekt WE 00077.01 handelt es sich um die ehemalige Schule Querums. Bis zum Umzug der Ortsfeuerwehr in ihr neues Domizil in der Bevenroder Straße 22 nutzte die Ortsfeuerwehr das 1. Obergeschoß des alten Schulgebäudes. Weiterhin ist eine ehemalige Fahrzeughalle vorhanden, welche schon im letzten Jahrhundert an das Schulgebäude angebaut worden war und zum Unterstellen des Feuerwehrfahrzeugs diente.

Seit dem Auszug der Ortsfeuerwehr steht das 1. Obergeschoss ebenso wie das Dachgeschoss des Objektes leer. Beide Etagen werden über ein separates Treppenhaus erschlossen. Die Fahrzeughalle wird weiterhin von der Stadtjugendfeuerwehr genutzt. Das Erdgeschoss des Objektes ist vom Fachbereich 50 Soziales und Gesundheit angemietet, welcher hier eine Altentagesstätte betreibt. Konkrete Nachnutzungsplanungen gibt es noch nicht, da bisher weder Nutzungsbedarfe noch Anfragen für die leerstehenden Flächen beim Flächenmanagement vorliegen.

Derzeit ist die Nutzung des 1. Obergeschosses als Schulungs- und Kommandoraum für die Feuerwehr genehmigt. Hiervon abweichende Nachnutzungen müssten mittels eines Nutzungsänderungsantragsverfahrens beim Referat 0630 Bauordnung legalisiert werden. Um diese vorabstimmen zu können, wäre im konkreten Fall eine Betriebsbeschreibung der vom Stadtheimatpfleger beabsichtigten Nutzung aufzustellen. Weiterhin besteht für das Objekt ein rechtsverbindlicher Bebauungsplan, der zu gegebener Zeit den Abbruch des Gebäudes für einen späteren Ausbau der Bevenroder Straße vorsieht. Eine Nutzung wäre daher nur befristet möglich.

Grundsätzlich spricht nichts gegen eine Nutzung des 1. OG bzw. des Dachgeschosses als Lagerfläche. Dafür wäre eine statische Expertise notwendig, um die maximale Tragfähigkeit der Geschossdecken und die daraus resultierende Intensität der Nutzbarkeit dieser beiden Geschosse abzuklären. Es ist zu prüfen, ob und in welchem Umfang hierfür zusätzliche bauliche Maßnahmen erforderlich werden.

Auch eine Büronutzung im 1. OG ist möglich. Hierfür ist zu klären, in welchem Maße das vorhandene, nicht mehr dem heutigen Standard für Rettungswege entsprechende Treppenhaus (Holztreppe, Brandwiderstand der Treppenhauswände etc.) ertüchtigt werden muss.

Eine Ausstellungsnutzung mit Besuchern gestaltet sich schwieriger, da die Rettungswegsituation hierbei, inklusive dem derzeit nicht vorhandenen zweiten baulichen Rettungsweg, auf die mögliche Besucheranzahl abgestimmt sein muss, woraus deutlich höhere Anforderungen resultieren.

Für alle Nutzungsszenarien müssten zudem für die Finanzierung der erforderlichen Bau- und Genehmigungsmaßnahmen außerplanmäßig Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Eckermann

Anlage/n:

keine

Betreff:

Kreuzung Ringgleis / Gliesmaroder Str. (am Gliesmaroder Bahnhof)

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

15.08.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach ()

Status

28.08.2019

Ö

Sachverhalt:

Gegenstand: Kreuzung Ringgleis / Gliesmaroder Str. (am Gliesmaroder Bahnhof)

Vor wenigen Wochen ist der neue Ringgleisabschnitt zwischen Ebertallee und Gliesmaroder Str. (über die Grünwaldstr.) eröffnet worden.

Befährt man diesen von der Grünwaldstraße kommend in Richtung Gliesmaroder Straße, ist an der Kreuzung Ringgleis / Gliesmaroder Str. für nicht ortskundige Radfahrer die Situation nicht eindeutig ersichtlich: Die bauliche Gestaltung lädt dazu ein, geradeaus über die Gleise der Straßenbahn weiter zu fahren (östliche Umfahrung der Tankstelle) - dies ist jedoch ein Einrichtungsradweg in die entgegengesetzte Richtung.

Der Radweg zwischen Tankstelle und Bahngleisen, um nach links zu fahren (stadteinwärts / westliche Richtung), ist kaum als solcher erkennbar, dazu zeigt auch die Ampel zur Querung der Bahngleise lediglich ein Fußgängersymbol.

Dazu fehlt es insgesamt an einer Beschilderung, wo das Ringgleis weitergeführt wird.

In diesem Zusammenhang bittet der Bezirksrat die Verwaltung um folgende Auskünfte:

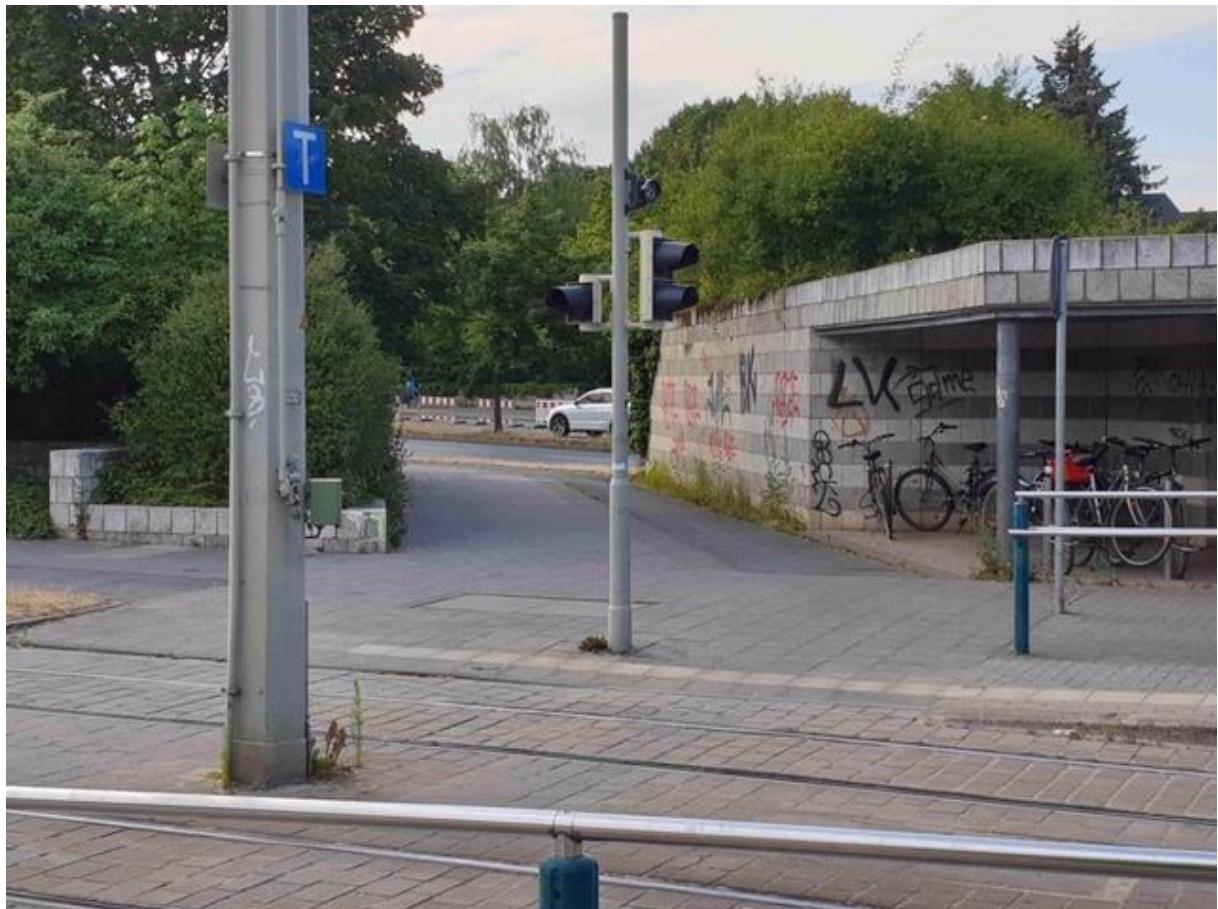
1. Ist es möglich, das Ringgleis und / oder den Radweg an der Gliesmaroder Straße mit Hinweisschildern auszustatten, aus denen die erlaubten Fahrtrichtungen ersichtlich werden?
2. Ist es möglich, die Route zum nächsten Abschnitt des Ringgleises, entlang den Kreuzungen Gliesmaroder Str. / Abtstraße und Abtstraße / Hans-Sommer-Str. in beiden Richtungen kenntlich zu machen?

gez.
Erika Möstl

Anlage/n:

2 Fotos





Betreff:**Kreuzung Ringgleis / Gliesmaroder Str. (am Gliesmaroder Bahnhof)**

Organisationseinheit:	Datum:
Dezernat III	14.10.2019
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur Kenntnis)	30.10.2019	Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 112 vom 15.08.2019 (DS 19-11485) wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Frage 1:

Mit der Fertigstellung des provisorischen Ringschlusses wird es auch im Bereich des Gliesmaroder Bahnhofs eine eindeutige Beschilderung des Ringgleises im Rahmen der Fahrradwegweisung der Stadt geben. Dass der besagte Weg in Richtung Norden nicht befahrbar ist, wird durch das amtliche Zeichen 254 „Verbot für Radverkehr“ kenntlich gemacht.

Die Ampelanlage wird von der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) betrieben. Bezuglich einer Änderung der Signalisierung wird sich die Verwaltung mit der BSVG in Verbindung setzen.

Zu Frage 2:

Ergänzend zu den oben beschriebenen Beschilderungen wird der Verlauf des Ringgleisweges durch das Aufbringen von Ringgleislogos auf dem Asphalt kenntlich gemacht.

Warnecke

Anlagen

Keine